

# Laube-Zeitung

Dreißigtausendfünftes Jahrgang.

Bezugspreis  
des Monats 1.00 Mark, vierteljährlich  
3.00 Mark, durch die Post 4.50 Mark  
Zustellungsgebühr, Bestellungen werden  
nur an den Verleger abgegeben. Die  
Postämter sind zu befragen. Die  
Laube-Zeitung wird am 1. Juni  
1919. Nr. 299a.

Nr. 299a.

Halle, Montag, den 30. Juni.

1919.

## Zwei Noten Clemenceaus.

WTB. Versailles, 28. Juni. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, richtete heute folgende Noten an den Gesandten von Danzig:

Paris, 27. Juni 1919.

Herr Vorsitzender!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Weimaraner vom 27. Juni geprüft, sie nehmen davon Anstoß, daß die deutsche Delegation die Vollmacht zur Unterzeichnung dieses Abkommens am schiefsten Datum erhalten wird. Sie haben nichts dagegen einzumenden, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angesetzt werden, um zum Behen der Interessen der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, welche von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Zusicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

(ges.) Clemenceau.

Paris, 27. Juni 1919.

Herr Vorsitzender!

Ich habe die Ehre, Ihnen die förmliche Zusicherung zu geben, daß der gebrauchte Wortlaut des Friedensvertrages, welcher den deutschen Bevollmächtigten gleichzeitig mit dem Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte zur Unterzeichnung vorgelegt werden wird, in allen Punkten mit dem Wortlaut identisch ist, welcher am 21. Juni 1919 Ihnen überreicht wurde, abgesehen von den Korrekturen, deren Richtigkeit am 24. Juni festgestellt wurde, und von den Abänderungen, welche in der Note der Bevollmächtigten vorgenommen werden mußten.

Beiliegend beehre ich mich, Ihnen ein Exemplar des Textes des Friedensvertrages und der beiden Dokumente, welche ihn ergänzen, das heißt Protokoll und Abkommen bezüglich des Weimaraner abzugeben zu lassen. Dieselbe Karte werden mit denselben Signaturren, Formen und Lettern gedruckt, wie die für die Unterzeichnung bestimmten Instrumente.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(ges.) Clemenceau.

## Eine deutsche Note über die Kriegsgefangenen.

WTB. Versailles, 28. Juni. Gesandter von Danzig richtete heute folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau:

Herr Präsident!

Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Euer Excellenz folgendes mitzuteilen: Unter Hinweis auf den Schlussatz des Artikels 6 des Ersten Zusatzprotokolls vom 20. Mai dieses Jahres, wonach die Befreiung der Kriegsgefangenen ein Bestandteil der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen bildet die deutsche Regierung um eine tunlichst baldige Erklärung wagt, wo und in welcher Zusammenhänge der Zusammentritt der im Artikel 21 Absatz 1 des Friedensvertrages vorgesehenen Kommission in Aussicht genommen ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(ges. von Daniel.

## Englands Zensur.

WTB. St. John, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Laut dem Daily Telegraph ist in diesen Tagen die erste Note für Schweden in Stockholm eingetroffen, die nicht von England jenseit worden war. Es soll sich jedoch nur um Pakete handeln. In Bezug auf die Briefpost behält sich England vorläufig noch das Recht der Zensur vor.

## Der Streit um den Kaiser.

WTB. Amsterdam, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Chicago Tribune schreibt: Seit Beginn der Konferenz waren die Amerikaner fortwährend gegen die Anwesenheit des Kaisers und gegen seine Beurteilung, weil kein Mittel besteht, in diesen Prozess auf geschlossene Weise zu führen, und weil man nicht aus dem früheren Kaiser einen Märrter machen und die monarchistische Bewegung in Deutschland unterdrücken will. Dem genannten Blatte zufolge haben sich auch Frankreich und Belgien zu diesem Standpunkt bekannt. Das Blatt glaubt auch nicht, daß man die deutschen Offiziere, deren Anwesenheit im Vertrage verlaugt wird, verurteilen wird.

## Deutsche Torpedoboote an Antwerpen gelandet.

WTB. Rotterdam, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Der Kleine Rotterdamse Courant meldet aus Antwerpen: In Antwerpen sind gestern elf Torpedoboote sowie andere Schiffe der deutschen Kriegsmarine, die bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in der

Schiffahrt gebracht worden waren, dort angekommen. Sie wurden von einem Vertreter der belgischen Regierung abgenommen.

## Der Entente-Wirtschaftsrat bleibt bestehen.

WTB. Paris, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Neuer meldet: Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der oberste Wirtschaftsrat in abgeänderter Form weiter bestehen soll, die Organisation aufrechtzuerhalten, und als Bindeglied zwischen den verschiedenen Alliierten zu dienen.

## Der Protest des Generals Smuts.

WTB. Versailles, 28. Juni. Laut Times veröffentlicht General Smuts eine Erklärung, die über seine von dem Neuenburger Bureau gemachten Bemerkungen hinaus noch besagt: Der Friedensvertrag habe den erhofften Frieden nicht gebracht, und seine wahre Ausarbeitung beginne erst jetzt. Manche Abmachungen über Landabstufungen seien Änderungen bedürftig, und manche Sicherungsbestimmungen ständen mit der neuen friedlichen Gesinnung und der Entwaffnung des früheren Feindes nicht im Einklang. Die vorgesehene Strafen für die industrielle Wiedergeburt Europas sei schädlich und müßten zum Wohl aller maßvoll gestaltet werden. Der Völkerverbund sei noch unvollkommen und müsse zu einem wahren Werkzeug des Fortschritts umgewandelt werden. Nur so werde die Vernichtung des Militarismus, welche vortrangsmäßig allein vom Feinde durchgeführt werden solle, bald zum Segen und zur Erleichterung auch für die alliierten Völker werden.

## Die Erfurter Angelegenheit im Haushaltsausschuß.

Im Staatshaushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung wurde heute bei Besprechung der Beratung des Haushaltsantrags zunächst die Erfurter Angelegenheit besprochen.

Herr v. Siedow sprach für ein Mitschlagsminderungsrecht der Beamten in allen dienstlichen Fragen, die sich auf das Personal beziehen, unter Ausschluß aller reinen Personalfragen. Es sei zu bedenken, daß in Erfurt nicht scharf abgegrenzt worden sei, besonders durch Mangelregel der Privatpächter. Man müßte sich nicht die Hände und Schulden reinigen, sondern auf einen Fall davor zu vermeiden, daß die Beamten die Rechte der Arbeiter und Beamten nicht durch die Beamtenverwaltung der arbeitgebenden Körperschaften bedrücken.

Rügen über manche Sachlage erkannte das Ministerium als berechtigt an und nach der Frage prüfte, ob die Einführung einer beschränkten freien Lohnzahlung möglich sei.

Herr v. Siedow sprach für die Haltung des Ministeriums in Erfurter Falle an. Die Frage der Lohnsenkung im Güterverkehr müsse erst geprüft werden.

Der Ministerium erkannte die Berechtigung des letzten Bestrebens an, es könne aber einwirkeln nicht mehr tun.

Die volle Staatsgarantie würde 4000-5000 Ierre Klagen weniger am Montag bedeuten, die wir aber einwirken wegen der Kohlennot nicht müssen können.

Schmedding (Zentr.) verteidigt den früheren Minister Breitenbach, der ein neues Herz für Arbeiter und Angestellte gehabt habe. Es sei nicht unbedenklich, daß der Minister von jeder Mangelregel Abstand genommen habe. Er wolle aber die Forderung für das Ministerium anerkennen. Er wolle bedauern, wenn die Einrichtung des Betrains in Erfurt dauernd sein sollte.

Herr v. Siedow sprach für die Meinung, daß nach der Resolution die Volksbeauftragten den Staatsbeamten zu viel Rechte gegeben hätten, nämlich alle Rechte der Privatangestellten; das Streikrecht aus wirtschaftlichen Gründen könne gegen den Staatsbeamten unter keinen Umständen zugelassen.

Bei Besprechung dieser den Beamten sein Mitschlagsminderungsrecht eingeworfen werden.

Herr v. Siedow sprach für den Anstieg der Eisenbahnarbeiter und Beamten an die Ortstransekassen aus.

Das Finanzministerium machte gegen die Schaffung neuer Gehaltsstellen geltend, die gleichartigen Beamten aus den Preußen verloren gehenden Diktationen zunächst untergeordnet werden müssen.

Angenommen wurde ein Antrag Schmedding, die Regierung zu erziehen, nach Möglichkeit neue planmäßige Oberverwalter und Oberinspektoren zu schaffen. Bericht wurde von einem Antrag der Demokraten der sog. angenommen, daß bei der Eisenbahnverwaltung in erhöhtem Maße Alltagsmischleistungen für untere und mittlere Beamte zu schaffen seien. Von demokratischer Seite wurde beantragt, die außerordentlichen Vergütungen im Betrage von 4700 000 Mk. zu kürzen. Nach einer Erklärung des Ministers, daß eine allgemeine Aushebung dieser Vergütungen unbedenklich und bei ihrer Beibehaltung Arbeiter und Angestelltenanwärter mitzuziehen haben, wurde der Antrag abgelehnt.

## Kommunistische Schandtat in Breslau.

Breslau, 28. Juni. Ueber den Beginn des Generalstreiks des VI. Kreises wurde am 28. Juni in Breslau berichtet.

Der Belagerungsstand wurde verhängt, weil sich die Lage infolge drohender

Verweigerung der Kommunisten weigert hat. Zwar hat der Ausschuss der Streikleitung beschlossen, die Streikenden in allen Betrieben wieder aufzunehmen, trotzdem kam es infolge des Verhaltens müderer Kommunisten, die

weiter zum Streik gehen, am Hauptbahnhof mehrfach zu Schieberien, so daß der Hauptbahnhof von Regierungskommissionen nicht werden mußte. Sämtliche Zugänge wurden gesperrt. Es besteht sogar die Gefahr, daß bei Unabwesenheit von Arbeitermiliz die Schienen angegriffen werden. Das Breslauer Rathaus wurde zum Schutz gegen kommunistische Unruhe von Regierungskommissionen besetzt und der Schloßhof durch Sicherheitsmannschaften abgeriegelt.

Infolge Kohlenmangels hat das Elektrizitätswerk Breslau Einrichtungen für den Straßenbahnverkehr und Sperren für die Stromabgabe zu Beleuchtungs- und Gewerbebetrieben angeordnet. Von Dienstag ab werden

die Gasleitungen in Breslau vollständig gesperrt werden, falls bis dahin keine Kohlen herankommen. Schon am Sonntag soll der Straßenbahnverkehr in Breslau vollständig ruhen.

Staatskommissar Hering hat gemeinsam mit dem kommandierenden General und dem Kommandanten der Stellung Breslau, Generalmajor von Stange, eine Verordnung über die Sicherung des Eisenbahnverkehrs erlassen, deren Wortlaut sich mit dem Wortlaut des Beschlusses

Einschaltung außerordentlicher Kreisgerichte wurde angeordnet. Einsprüche von der Staatsanwaltschaft über die Streikleitung abgelehnt, weil sie den Abschluß des Streiks beschleunigen und eine neue Streikleitung bilden. Den verbrecherischen Charakter dieses Treibens bezeugen einige Feststellungen des Staatskommissars. Danach sind 118 Waggon mit für Breslau bestimmten Lebensmitteln nicht weiter befördert worden und damit

dem völligen Verderben ausgeliefert. 48 Waggon mit Heringen und Frischmilch, die gleichfalls für Breslau angefaßt waren, blieben in der Nähe von Kottbus liegen. Die Unterbrechung der Milchzufuhr tötete schon vierzig Kindern das Leben!

## Die Zusammenrottungen.

Wieslau am Schienen fuam.

WTB. Breslau, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Amlich wird über die Vorgänge am gestrigen Tage u. a. mitgeteilt: Nachmittags zog sich in der Gartenstraße eine größere Menschenmenge zusammen. Dieselbe griffen trotz der wiederholten Warnungen die Volkseseite so stark an, daß der Aufruf führende Feldwebel sich gezwungen sah, die Menge, in der sich viele Leute in Breslau und in anderen Formen befanden, zum Auseinandergehen aufzufordern. Die Aufforderung wurde mit Hohn und Schimpfen beantwortet. Nach der 7. und 8. Aufforderung wurden mehrere Warnungsschüsse und dann erst der Befehl zum Fernern gegeben. Beim zum Teil schwerverletzten Personen blieben auf dem Platze. Später reiste an einer anderen Stelle ein Matrope die Menge gegen die bewaffnete Macht an. Die Menge schwoll so schnell an, daß mit einem Durchbrechen der Volkseseite gerechnet werden mußte. Auch hier wurde geflohen, wobei ein Junge verunndet wurde. Mehrere blutige Junge verletzten wiederholten sich. Am Laufe des Abends wurde es dann ruhiger, so daß die Sicherungen zurückgezogen werden konnten.

## Ende des Breslauer Eisenbahnerstreiks.

WTB. Breslau, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Nachs Beilegung des Breslauer Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag vormittag erneut Verhandlungen leitens der Streikleitung mit dem Reichskommissar stattgefunden. Das Ergebnis war die Zusage der sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes, falls der Reichskommissar bereit wäre, persönlich mit allem Nachdruck für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Der Reichskommissar erklärte sich nach nochmaliger eingehender Prüfung der Sachlage bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das wirtschaftliche Gebiet hinausgehenden Forderungen lehnte er ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen der Streikleitung statt, aus deren Ergebnis im Laufe des Nachmittags an alle Stellen der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme des Aufendbetriebes und zur Aufnahme der Arbeit in allen Betrieben und Nebenverhältnissen für Montag früh 6 Uhr ausgegeben wurde. Der Reichskommissar hat daraufhin davon abgesehen, sich im prägnantem geplant, am Montag vormittag, von der Eisenbahndirektion alle diejenigen Arbeiter nennen zu lassen, welche die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert haben.

## Unabhängige Hezarbeit.

Die Mehrheit der Eisenbahner für Wiederaufnahme der Arbeit.

WTB. Berlin, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Sonntag vormittag und im Kreis auch eine Verarmung der Eisenbahnerbetriebe und Arbeiter hat, die sich anfangs überwiegend für Wiederaufnahme der Arbeit ansprach. Nachdem sich in großer Zahl der Beamten zu einem Empfang bei den Reichs-Delegierten hatte, mit der Unabhängigen Reichs-Kommis-

Fußballsport.

Der gelbige Sonntag brachte zum Abschluß der diesjährigen Spielzeit noch einmal großen Sport. Was er harte sich bei Berliner Bezolina verpflichtet und nahm mit einem 5:1-Erfolg Kunde an der Berliner Klasse für die verbleibenden...

Schwimmsport.

- Als Teilvereinbarung des vom Ausich für Feststellungen vereinbarten Sportfestes, das am nächsten Sonntag noch festgesetzt soll, fand gestern im Stadionschwimmbecken statt. Der Veranstalter war der Schwimmverein von 1902...

vor Unbesonnenheiten gewarnt und aufgefordert, sich den Anordnungen der Truppen auf der Straße in jeder Beziehung unterzuordnen, da der besondere Charakter des Straßentempes an sich eine Gefährdung des Publikums mit sich bringe...

Anschluß von Voralberg an die Schweiz?

WTB. Bern, 28. Juni. (Waldung der Schweizerischen Telegraphenagentur.) Im Nationalrat interpellierte der Basler Verkehrlpölitiker Gelpke den Bundesrat über die Stellungnahme der schweizerischen Regierung zur Frage des Anschlusses Voralbergs...

Die Zukunft Italiens.

WTB. Bern, 28. Juni. Der siflorifer Ferrero entwirft im 'Secolo' ein rühliches Bild von der Zukunft Italiens. Die Ministerkrise sei ein Vorspiel der kommenden Schwierigkeiten. Die repräsentative Staatseinrichtung Italiens hätte völlig abgezurückte...

Präsident Wilson kiffet um Annahme der Verträge

WTB. Washington, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Neuer melde: Der Präsident Wilson hat dem Kongress die von ihm unterzeichneten Friedensverträge...

Wahlen in Jerusalem.

WTB. Amsterd., 29. Juni. (Drahtnachricht.) Dem 'Algemeen Handelsblad' zufolge wird aus Jerusalem gemeldet, daß die Wahlen für die jüdische gesetzgebende Versammlung auf den 30. Juni festgesetzt sind...

Das Schicksal der Nlande-Inseln.

WTB. Stockholm, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Laut 'Svenska Dagbladet' hat die Abstimmung auf den Nlande-Inseln zu dem Ergebnis geführt, daß 84,4 Prozent der gesamten stimmberechtigten Einwohner sich an dem Antrage an Schweden erklärten...

Provinzial-Nachrichten.

Erfurt, 27. Juni. (Rößelschlag gegen das Militär.) Am Dienstag nachmittag kam es auf dem Bahnhof zu schweren Ausfährungen. Aufstehenden von auswärtig stammende Arbeiter wollten einem Regierungssoldaten den Revolver wegnehmen...

auf und sprach sich für Fortsetzung des Streiks aus. Bei dem Empfang der Beamten bei dem Minister wurde ein williges Einverständnis zwischen der Beamtenschaft und dem Minister erzielt. Der nengewählte erste Vorsitzende des Beamtengewerkschaftsbundes erwiderte auf die mit großem Beifall aufgenommenen Worte des Ministers...

Streik Berliner Straßenbahn.

WTB. Berlin, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Während der Eisenbahnstreik abgipflant scheint, beschloffen nach einer Blättermeldung die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn und der Untergrundbahn, am 1. Juli in den Streik einzutreten.

R. O. K.-Süd gegen die Regierung.

Breslau, 28. Juni. Das Armeekorps-Oberkommando Süd spricht der Regierung ein Mißtrauen aus. Indem es die Unterzeichnung des Friedensvertrages als bittere Ehrenkränkung bezeichnet. Nur die Not des Vaterlandes zwingt, wie es in der Erklärung heißt, die Offiziere, vorläufig noch im Dienst zu bleiben...

Polnische Gewaltpolitik.

WTB. Berlin, 28. Juni. Da die Polen fortjahren, deutsche Männer und neuerdings sogar deutsche Frauen zu internieren, ist von seiten der deutschen Waffenstillstandskommission in Berlin an den französischen General Dupont folgendes Schreiben geschickt worden: 'Mit Anblick auf die Note vom 27. d. Mts., in der ich mitteilte, daß nach zahlreichen hier eingelaufenen, aus zuverlässiger Quelle stammenden Nachrichten die Polen alle deutschen Männer über 17 Jahre internieren und verhaften haben, welche ich mit einer Regierung im Auftrage des Herrn Reichsministers Erzhberger noch folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die Internierung der Deutschen in Polen soll sich nicht nur auf Männer, sondern sogar auf Frauen erstrecken...

Die begreiflicherweise ohnehin schon verarmte Stimmung der deutschen Bevölkerung hat die Siebestufe erreicht. Alle Verhigungsversuche der deutschen Regierung müssen an einer solchen Grausamkeit und Willkür der Polen illusorisch werden. Die deutsche Regierung sieht sich daher veranlaßt, gegen diese jeder Menschlichkeit böshingende Willkür (schärfsten Protest zu erheben. Sie würde sich, falls die Polen die verschleppten Deutschen nicht umgehend in ihre Heimat zurückführen wollen, genötigt sehen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Es würde sehr zu wünschen, wenn es dem Einflus Euer Excellenz, gelangen würde, die Polen von ihrem verwerflichen Vorgehen abzurufen, um so beherrenswerten Vorantommnissen vorzubeugen.

Im Auftrage des Herrn Reichsministers Erzhberger darf ich Euer Excellenz um beschleunigte Mitteilung eruchen. Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (ges.) v. Brentano.

Das Vorrücken Lettow-Vorbeds.

WTB. Hamburg, 28. Juni. Von der Nachrichtenstelle des Detachements Lettow-Vorbed wird erklärt, daß die von kommunistischer Seite aufgestellte Behauptung, daß Vorbeder Regierungstruppen gefesselt und u. a. auch 30.000 Mann aus einem Gefängnis gerettet hätten, nicht aufreißend sei. Trotzdem würde eine Unterdrückung hierüber angebracht, um eventual die Schuldigen zu ermitteln und zu strafen. Zu dem Abstrichbanden Bericht über die Zusammenkunft an Regierungstruppen in Hamburg wird mitgeteilt, daß man gongen nur 27 Gewehre abhandeln gekommen seien, dagegen weder Waffenschätze noch Minenwerfer der Gefolge. Die Gerüchte, daß die Truppen ihren Fuß den Gefolgschaft gegen Hamburg aufzubringen hätten, sind vollständig unrichtig. Außerdem wird die Bevölkerung...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

1. Ktebedische Montanwerke U.G. in Halle a. S. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 6. Juli einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent (wie i. V.) auf das eingezahlte Vorzugs-Aktienkapital und von 9 Prozent (i. E. 15) auf die Stammpaktien vorzuschlagen. 2. Halberstadt U.G. für Bergbau, bergbauische und andere industrielle Ergebnisse. Die Sitzung des Aufsichtsrates am Sonntagabend wurde wegen zu späner Beteiligung der Mitglieder, infolge des Eisenbahnverkehrs verortet. Er wurde befristet, daß in den ersten fünf Monaten der neuen Geschäftsjahres der Betriebsergebnis unter Berücksichtigung der Anteilnahme, jedoch ohne die wichtigsten Faktoren, nämlich, Frischschmelz, Deubemonte und Kallenberg 926,008 Mk. beträgt gegenüber einem Betriebsergebnis in 1918 von 1.005.777 Mk. Die Realisation der Realisationskraft ist infolge dessen, ohne Berücksichtigung der Gewerkschaft Deubemonte, wieder auf etwa 2.700.000 Mk. gestiegen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heims; für den stiftlichen Teil: für Provinzialnachrichten, Bericht, Handel: Eugen Heims; für Sport und Verkehr: Heims; für Lokalnachrichten: Dr. Carl Heims; für den Anzeigenenteil: Dr. Heims; Druck und Verlag von Dietz & Handl.